



BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

12. JAHRGANG • NR. 76

MAI 2013

STANDPUNKT

- 2 Anmerkungen zum SPD-Regierungsprogramm: Deutschland besser und gerechter regieren

WAHLKREIS

- 3 Unterwegs im Wahlkreis
- 4 Steinmeier begeistert in Porz
- 6 Frühjahrsempfang in Kalk mit Garrelt Duin am 2. Mai

KÖLN

- 6 Veranstaltung mit Sigmar Gabriel am 17. Juni
- 6 Fraktion vor Ort zur Energiewende mit MdB Rolf Hempelmann am 22. Mai
- 6 Diskussion mit Manuela Schwesig zu Familie
- 7 Martin Schulz mahnt Reformen in Europa an
- 7 „150 Jahre SPD“-Feier mit Hannelore Kraft

BUNDESTAG

- 8 Medienpolitischer Dialog der SPD-Fraktion zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk
- 10 Finanzhilfen für Zypern
- 10 Schwarz-Gelb verhindert Frauenquote
- 11 Besuchergruppe aus dem Wahlkreis
- 11 Neues Wahlrecht zur Bundestagswahl
- 12 SPD-Energiepolitik

SPD

- 13 „150 Jahre SPD“: Büchertipps und Termine
- 14 Programmparteitag 2013
- 15 Das SPD-Regierungsprogramm

INFOS UND IMPRESSUM

- 16 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen 2013, Büros, Impressum



Frank-Walter Steinmeier und Martin Dörmann sprachen beim gut besuchten Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll (Bericht Seite 4)

Wahlkampf-Spendenkonto

Am 22. September findet die Bundestagswahl statt. Für diejenigen, die für den SPD-Wahlkampf im Wahlkreis spenden möchten, hier die Kontoverbindung:
SPD Köln, Konto-Nr. 42 42 053, Sparkasse KölnBonn,
BLZ: 370 501 98. Bitte ggf. als Zweck eintragen:
Spende Bundestagswahlkampf WK 93 Dörmann

SPD-Regierungsprogramm

Artikel ab Seite 14

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 22.04.2013

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

Deutschland besser und gerechter regieren

Anmerkungen zum SPD-Regierungsprogramm

Liebe Leserinnen und Leser,

beim SPD-Parteitag in Augsburg hat Kanzlerkandidat **Peer Steinbrück** in einer starken Rede deutlich gemacht, worum es bei der Bundestagswahl am 22. September geht: Wir brauchen eine **bessere und gerechtere Politik** für unser Land!

Deutschland wird heute schlecht regiert. Die konfuse doppelte Energiewende von **Schwarz-Gelb** kommt Unternehmen und Verbrauchern teuer zu stehen. Die Regierungskoalition ist in wichtigen Fragen in sich **zerstritten** und nach wie vor in **Klientelpolitik** gefangen.

Auf **europäischer Ebene** profitiert Angela Merkel zwar noch von der wirtschaftlichen Bedeutung und Arbeitsmarktstabilität der Bundesrepublik, die nicht zuletzt durch die frühere SPD-Regierungspolitik ermöglicht wurde. Aber eigene Konzepte hat sie nicht vorgelegt, sondern manches Problem in Kohl'scher Tradition versucht auszusitzen. Eine Lösung der Eurokrise ist jedenfalls noch nicht in Sicht, wie zuletzt das Beispiel Zypern deutlich gemacht hat.

In der Innenpolitik sind das Kürzen von Programmen wie „Soziale Stadt“ zu Lasten notleidender Kommunen, die Verweigerung eines gesetzlichen Mindestlohns und die Verabschiedung eines familien- und bildungspolitisch verfehlten Betreuungsgeldes weitere Beispiele dafür, dass diese Koalition den Herausforderungen nicht gewachsen ist.

Die SPD hat mit ihrem **Regierungsprogramm** bessere und gerechtere Alternativen dargelegt. Wer die Ungleichheit in unserer Gesellschaft wirksam bekämpfen will, muss zuvorderst in **Bildung** investieren. Nur so können wir gute Zukunftschancen für alle Bevölkerungsgruppen sichern. Das erfordert zusätzliches Geld. Finanziert werden soll dies jedoch eben nicht durch neue Schulden, die nachfolgende Generationen zusätzlich belasten würden.

Stattdessen möchte die SPD einen höheren finanziellen Beitrag von denen einfordern, die es am besten verkraften können. So soll der **Spitzensteuersatz** ab 100.000 Euro Einkommen auf 49 Prozent angehoben werden (200.000 Euro bei Verheirateten). Das ist immer noch deutlich weniger als unter

Helmut Kohl gezahlt wurde. Über eine **Finanztransaktionssteuer** soll auch der Finanzsektor stärker an den Kosten der Krise beteiligt werden. Und ein **flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn** von 8,50 Euro wird verhindern, dass viele Menschen trotz Vollerwerbsarbeit auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Insgesamt werden wir dadurch eine **neue soziale Balance** herstellen.

Zusätzliche Finanzmittel sind für **Kommunen** und zum **Ausbau unserer Infrastruktur** vorgesehen. Hierdurch profitieren werden die Menschen vor Ort und nicht zuletzt auch die Wirtschaft.

So wollen wir die ökonomischen Chancen nutzen und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken. Hierfür treten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit nunmehr **150 Jahren** ein. Unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind nach wie vor aktuell und Leitschnur unserer Politik.

Die SPD erinnert sich in ihrem Jubiläumsjahr an viele sozialdemokratische Persönlichkeiten, die in der Geschichte unseres Landes eine wichtige Rolle gespielt haben. An **Otto Wels**, dessen mutige Reichstagsrede gegen das Ermächtigungsgesetz der Nazis bis heute als ein Symbol für ein demokratisches Deutschland steht. Oder an **Willy Brandt**, dessen zunächst umstrittene Ostpolitik den Weg für Entspannung und eine Überwindung der europäischen Teilung bereitet hat. Und an zahlreiche gesellschaftliche Reformen, die wir angestoßen haben und die zu mehr **Demokratie, sozialer Sicherheit** und starken **Arbeitnehmerrechten** geführt haben.

Im Sinne dieser Traditionen wollen wir weiterarbeiten – für ein **gerechtes Deutschland** und ein **friedliches Europa**.

Herzlichst

Ihr




Unterwegs im Wahlkreis

Kampf um den Lufthansa-Standort Köln

Die Pläne des Lufthansa-Vorstands zur Schließung der Lufthansa-Zentrale in Deutz (Foto) verfolgt **Martin Dörmann** mit großer Sorge, ebenso Gedankenspiele, die CityLine-Zentrale aus Köln zu verlagern: „Köln ist ein guter Standort, wie zuletzt die positive Entscheidung über die Germanwings-Zentrale belegt hat. In meinen bisherigen Gesprächen mit den Betriebsräten konnte ich eine große Identifikation mit dem Unternehmen und mit Köln feststellen. Ich hoffe, dass die anstehenden Verhandlungen zwischen Arbeitnehmerseite und Vorstand zu einem positiven Ergebnis führen und werde von meiner Seite aus unterstützend tätig, wo ich helfen kann. Angekündigte alternative Vorschläge der Arbeitnehmervertreter sollten vom Vorstand offen und sorgfältig geprüft werden.“



Mit Ulrich Kelber in Rath/Heumar

Beim traditionell gut besuchten Frühjahrsempfang des SPD-Ortsvereins Rath/Heumar Mitte März war diesmal neben **Martin Dörmann** und **Jochen Ott** der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Ulrich Kelber** zu Gast (Foto). Die drei Bundestags- und Landtagsabgeordneten gingen in ihren Reden auf aktuelle politische Debatten ein. Kelber betonte, die Regierung Merkel versuche, Erfolge vorzutäuschen, wo keine sind, während sie in Wahrheit ein Risiko sowohl für Arbeitnehmer als auch Unternehmen darstelle, und brachte hierfür zahlreiche Beispiele.



Einsatz für Finkenberg

Bei einem Ortstermin in Finkenberg machte sich **Martin Dörmann** ein eigenes Bild von den zum Teil sehr problematischen Zuständen in vielen Wohnungen. Begleitet wurde er von Ratsfrau **Monika Möller**, Sozialraumkoordinator **Jürgen Auth** sowie **Karen Kracht** (auf dem Foto v. l.), die in der Mieterinitiative „Gemeinsam sind wir stark – das Demogebiet wehrt sich“ aktiv sind. Auch die SPD fordert seit langem erheblich mehr Investitionen durch den größten Eigentümer und unterstützt die Mieterinitiative.



Bilderausstellung im Bürgerbüro Porz

Im Bürgerbüro Porz sind derzeit abstrakt-gegenständliche Acrylarbeiten sowie Aquarelle von **Monika Jilke-Meyer** zu sehen. Ihr Handwerk lernte die frühere Lehrerin beispielsweise in der Kölner Grafikerwerkstatt sowie an der renommierten New York University School of Arts. Zur Ausstellungseröffnung am 19. April im Rahmen eines Frühjahrsempfangs konnten **Martin Dörmann** und **Jochen Ott** wieder zahlreiche Gäste begrüßen. Vorge stellt wurde die Künstlerin von Ratsfrau **Monika Möller** (auf dem Foto 2. v. l.).



Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll

Frank-Walter Steinmeier begeistert mit seiner Rede über 200 Gäste

Die Stimmung hätte nicht besser sein können als der SPD-Stadtbezirk Porz/Poll am 5. März zum Frühjahrsempfang lud. Über 200 Gäste im gut gefüllten Porzer Rathaussaal ließen es sich nicht nehmen, der engagierten Rede des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, **Frank-Walter Steinmeier**, beizuwohnen.



Steinmeier war gut drauf

SPD-Stadtbezirksvorsitzender **Ingo Jurek** eröffnete die Veranstaltung und konnte wieder einmal zahlreiche Vertreter aus Vereinen und Betrieben begrüßen. Der Kölner SPD-Vorsitzende und Landtagsabgeordnete **Jochen Ott** läutete den politischen Teil des Abends ein. Er lobte die aktuellen Konzepte der SPD-Bundestagsfraktion für eine verbesserte Infrastruktur: „Der Bund ist in der Pflicht, zusätzliche Mittel für die Instandsetzung maroder Straßen und Brücken bereit zu stellen, damit Land und Kommunen nicht erst der Verkehrskollaps und dann das wirtschaftliche Desaster droht“.

Moderator **Wolfgang Link** befragte anschließend den Bundestagsabgeordneten Martin Dörmann zu

einigen seiner Schwerpunktthemen. Der medienpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion betonte die Bedeutung von Qualitätsjournalismus und Medienvielfalt für die Demokratie und wies auf wichtige SPD-Initiativen hin. Als Wirtschaftspolitiker setzte er sich zudem insbesondere für die Modernisierung unserer Infrastrukturen ein, sei es im Bereich Energie, Verkehr oder beim Breitbandausbau. Kritisch äußerte er sich zum geplanten Wegzug der Lufthansa-Hauptverwaltung aus Köln: „Wir sollten alle Möglichkeiten nutzen, um die Arbeitsplätze am sehr leistungsfähigen Standort Köln zu halten.“ Entsprechende Gespräche mit Vorstand und Betriebsräten seien bereits verabredet.



Begrüßung durch Willi Stadoll

Unter dem Motto „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ spannte schließlich **Frank-Walter Steinmeier** einen weiten thematischen Bogen an bundespolitischen Themen. Er prangerte unzählige leere Versprechungen und dauernde Kurswechsel der schwarz-gelben Bundesregierung an: „Wenn sie uns dann kurz vor den Wahlen bei einigen Themen hin-

terherlaufen, heißt das doch, dass wir ihnen voraus sind“, bemerkte der Fraktionsvorsitzende.



Wolfgang Link moderierte gewohnt kurzweilig

Besonderes Augenmerk legte Steinmeier in seiner gut 45-minütigen Rede, die oft von großem Beifall unterbrochen wurde, auf die SPD-Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn. „Aber das kann nur die untere Grenze beschreiben. Wir brauchen eine darüber hinausgehende Perspektive für die Menschen mit ordentlichen Tariflöhnen!“ Hier verstehe sich die SPD durchaus als „Betriebsrat der Nation“. Perspektivisch sei zudem der sich weiter verschärfende Fachkräftemangel ein Problem, das noch stärker als bisher im Fokus der Politik stehen müsse. Deshalb müsse mehr in Bildung und Aus-

bildung investiert und Frauen bessere Berufschancen eröffnet werden. „Nicht das Blaue vom Himmel versprechen, sondern ehrliche Politik machen“ - das sei der Slogan, mit dem die SPD in diesem Jahr den Regierungswechsel schaffen wolle. „Wir brauchen wieder eine Politik, die ein Ziel hat, die voran geht, die unsere Gesellschaft stärker macht und gerechter!“

Zum Abschluss der Veranstaltung traf man sich im Foyer zum Gespräch mit den Mandatsträgern zu musikalischer Unterhaltung der Gruppe **Rockabella's**.



Steinmeier forderte mehr Bildungsinvestitionen



Verdienter Applaus für eine starke sozialdemokratische Rede

Gelöste Stimmung am Ende eines spannenden Abends bei Christian Joisten, Willi Stadoll, Martin Dörmann, Frank-Walter Steinmeier, Lutz Tempel, Elfi Scho-Antwerpes, Jochen Ott und Ingo Jureck (v. l.)

Gastredner:

Garrelt Duin
NRW-Wirtschaftsminister

Donnerstag, 2. Mai 2013, 19:00 Uhr

(Einlass 18:30 Uhr)

Bürgerzentrum Kalk
Kalk-Mühlheimer-Straße 58, 51103 Köln (Kalk)



KÖLN

„Fraktion vor Ort“-Veranstaltungen der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

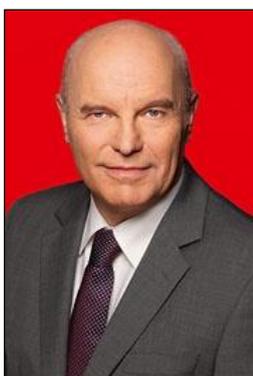
**Deutschland besser und
gerechter regieren**

Vortrag und Diskussion mit:

Sigmar Gabriel
SPD-Parteivorsitzender

Montag, 17. Juni 2013, 17:00 Uhr

Stollwerk
Dreiköniginnenstr. 26, 50678 Köln (Innenstadt)



Energiewende

**Herausforderung für Politik,
Wirtschaft und Verbraucher**

Vortrag und Diskussion mit:

Rolf Hempelmann
Energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Mittwoch, 22. Mai 2013, 18:00 Uhr

Landschaftsverband Rheinland, Horion Haus,
Hermann-Plünder-Straße 1, 50678 Köln (Deutz)



Engagierte Diskussion mit Manuela Schwesig

Auf Einladung der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten kam die stellvertretende Bundesvorsitzende **Manuela Schwesig** am 25. März ins Bezirksrathaus nach Köln-Mülheim. Sie sprach zum Thema „Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege – geht das?“. Dazu stellte Schwesig die neuen Konzepte zur SPD-Familien- und Pflegepolitik vor.

< Zur SPD-Energiepolitik siehe auch den Artikel auf Seite 12

Martin Schulz mahnt Reformen in Europa an



Die Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann**, **Rolf Mützenich** und **Karl Lauterbach** konnten am 15. März **Martin Schulz**, Präsident des Europäischen Parlaments, als prominenten Gastreferenten ihrer „Fraktion vor Ort“- Veranstaltung begrüßen.



Zum Abschluss überreichte der Schaustellerverband NRW an Martin Schulz das „Goldene Karussellpferd“ als besondere Anerkennung seines Engagements

Im voll besetzten Altenberger Hof in Köln-Nippes griff Schulz mit der ihm eigenen Leidenschaft die Frage auf, was denn die Idee, die „Seele“ Europas sei. Dass Nationen und Völker über staatliche, sprachliche sowie kulturelle Grenzen hinweg miteinander zusammenarbeiten, mache für ihn den Kern der europäischen Idee aus, so Schulz. Das Europa

des 21. Jahrhunderts stehe, so warnte er, vor monumentalen Herausforderungen. Würden diese nicht gemeistert, könnte der Binnenmarkt zerfallen und die Arbeitslosigkeit weiter steigen. Europas Staaten wären den USA oder den Schwellenländern hoffnungslos unterlegen, während von innen ein neuer Rechtspopulismus drohe. „Nur wenn das rein nationalstaatliche Denken überwunden werde, kann Europa Bestand haben.“



Von den über 230 Gästen gab es viel Zustimmung für die engagierte Rede des Parlamentspräsidenten

Martin Schulz plädierte daher für eine echte europäische Demokratie mit einem gestärkten Parlament und einem Zurückdrängen der Bürokratie. Für ein Europa, dessen soziale Gerechtigkeit weiterhin weltweit als Vorbild gelten kann. „Nur wenn diese Errungenschaften selbstbewusst verteidigt werden, kann unser Wohlstand gesichert und unser Kontinent vor der Bedeutungslosigkeit bewahrt werden.“ Eindringliche Botschaft und Fazit des Abends: Europa kann nur gemeinsam gelingen.

Kölner „150 Jahre SPD“-Feier mit Hannelore Kraft

Am 20. April feierte die Kölner SPD mit über 400 Gästen das 150jährige Jubiläum der Sozialdemokratie. Als Veranstaltungsort war das Ausflugsschiff MS RheinFantasie gechartert worden. Bei abwechslungsreichem Bühnenprogramm und einem Festbuffet wurde bis in den Abend hinein gefeiert.

Die SPD-Landesvorsitzende und Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** betonte in ihrer Rede, die SPD sei so lange schon erfolgreich, weil sie stets die Menschen in den Mittelpunkt ihrer Politik gerückt habe. Als krönenden Abschluss auf der Bühne schmetterte der Chor der KölnSPD Arbeiterlieder.



Auch OB Jürgen Roters und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft stimmten in den Jubiläumschor mit ein

„Medienpolitischer Dialog“ der SPD-Bundestagsfraktion

Fachgespräch mit Intendanten zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk



Am 18. April fanden auf Einladung von **Martin Dörmann** erneut 60 Experten und Gäste aus Verbänden, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen, um beim zweiten Medienpolitischen Dialog der SPD-Bundestagsfraktion über die Perspektiven des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu diskutieren. Neben dem Vorsitzenden der ARD und NDR-Intendanten **Lutz Marmor** und dem Intendanten des ZDF **Dr. Thomas Bellut** stellten der Verfassungsrechtler **Prof. Dr. Wolfgang Schulz** sowie die für die Seite der Bundesländer hauptzuständige Chefin der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz **Staatssekretärin Jacqueline Kraege** (SPD) ihre jeweilige Sicht auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk dar. Pointiert kommentiert wurden die Beiträge vom bekannten Blogger und SPIEGEL-Autor **Stefan Niggemeier**. Erst kurz zuvor hatte die ARD bekannt gegeben, dass sie in Kooperation mit dem ZDF drei der sechs Digitalkanäle einsparen wolle. Da sich das ZDF wenig begeistert von diesen Vorschlägen gezeigt hatte, war nach Tagen der fachöffentlichen Debatte das Interesse groß, das erste öffentliche Zusammentreffen der beiden Spitzen von ARD und ZDF mitzuerleben.

In seiner Einleitung betonte der medienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion und Moderator **Martin Dörmann**, die Kernfunktionen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seien nach wie vor aktuell: er müsse den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, Meinungsvielfalt sicherstellen, Qualitätsstandards setzen und auch gesellschaftlich gewünschte Programme anbieten, die kommerziell nicht tragfähig sind. Er sollte allerdings zeitgemäßer und jünger werden und mit attraktiven Angeboten im Netz präsent sein. Auf aktuelle Angriffe von einigen Verlegern bezogen bemerkte er, es sei wünschenswert, wenn Qualitätsmedien nicht gegeneinander sondern miteinander agieren. Ein gutes Programm und ein scharfes Profil seien die besten Grundlagen für größtmögliche Akzeptanz der öffentlich-rechtlichen Medien, die insbesondere nach der Gebühreumstellung Anfang 2013 unter neuem Legitimationsdruck stünden. Hierbei müsse der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine Gradwanderung zwischen populären Inhalten und Unabhängigkeit von der Quote hinbekommen, um dem Anspruch eines Vollprogramms aus Unterhaltung und Information für alle zahlenden Zuschauerinnen und Zuschauer gerecht zu werden.

Professor **Wolfgang Schulz** wies auf die verfassungsrechtlich garantierte Entwicklungsgarantie des Rundfunks hin. Man dürfe die öffentlichen Inhalte nicht als bloßen „Lückenfüller“ für das begreifen, was der private Rundfunkmarkt nicht von selbst bereitstelle, sondern müsse Programmvielfalt und den „Erhalt einer politisch gehaltvollen Öffentlichkeit“ als Kernpunkt der Weiterentwicklung verstehen. Mit Blick auf Transparenz und Effizienz plädierte er in Anlehnung an den „3-Stufen-Test“ für Online-Inhalte für ein Verfahren, das Relevanz und Reichweite neuer Programminhalte auch im linearen Rundfunk überprüfen solle. Gleichzeitig dürfe man aber mit Blick auf das Verfassungsrecht „nicht Finanzierungsfragen mit Programmfragen vermischen“. Zentralen Optimierungsbedarf sah Schulz in der Erreichbarkeit aller und insbesondere der jüngeren Bevölkerungsgruppen. Dies könne nur durch verstärkte Innovations- und Experimentierfreudigkeit im Programm erreicht werden, die jedoch gleichzeitig die bestehende Programmqualität nicht aushöhlen dürfe.

Der ARD-Vorsitzende und NDR-Intendant **Lutz Marmor** betonte, unsere Aufgabe ist, den Menschen zu erklären, wofür es den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt.“ Der Dreiklang aus Information, Qualität und (politischer bzw. wirtschaftlicher) Unabhängigkeit sei zentral für das Rundfunk-Selbstverständnis. Investigative Recherche (wie im jüngsten Fall der Steueroasen) sei ein gutes Beispiel für die demokratiestützende Arbeit des Rundfunks. Gleichzeitig seien die Sender über ihre Lokalredaktionen und Radiostationen auch in der Fläche verwurzelt und könnten auch dort für hochqualitative Berichterstattung sorgen, wo sonst mit Glück noch eine Lokalzeitung existiere. Mit Blick auf die Kritik am seichten Programm betonte er: „Das Schielen nach Quote ist nicht unanständig!“ Vielmehr müsse die ARD allen Zuschauern gerecht werden. Bewährtes auszubauen und Neues zu probieren gehörten da zusammen. Insgesamt müsse die Jugend stärker in den Blick genommen werden. Ein möglicher neuer Jugendkanal könne aber eine Verjüngung insbesondere der dritten Programme nicht ersetzen. ARD und ZDF seien nur „gemeinsam stark“ und müssten in Zeiten knapper Kassen ihre Kräfte bündeln.

Dr. Thomas Bellut räumte als Intendant des ZDF ein, in manchen Programmbereichen sei „noch Luft nach oben“. Das bisherige Familienprogramm sei lange ein großer Erfolg gewesen, jedoch seien jüngere Zuschauerschichten „ganz klar ein Problem“ im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die „schwierige Zuschauergruppe“ der Jugendlichen habe oft auch andere Ansprüche als zunächst erwartet. So finde das Doku-Segment bei jungen Zuschauern erstaunlich großen Anklang. Aber: Nur mit neuem Personal sei es möglich, neue Gesichter und Programme aufzubauen. Die Digitalkanäle betrachtete Bellut hier als einen Weg, „noch jünger, noch moderner“ zu werden. So sei im Ringen um die besten Konzepte auch die momentane „Disharmonie“ mit der ARD in Sachen Digitalkanäle zu bewerten. Deren Vorschläge seien aber einfach nicht praxistauglich. Dennoch wolle man die Vorschläge einer Reduktion der Digitalkanäle gründlich prüfen, um im Einklang mit der ARD zu effizienteren Strukturen zu kommen. Dies sei nötig, da die Sparzwänge bereits die Schließung des Kulturkanals erzwungen und die Eröffnung neuer Kanäle unmöglich gemacht hätten.

Der Medien-Blogger und SPIEGEL-Kolumnist **Stefan Niggemeier** legte nach den wohlabgewogenen Statements der Intendanten den Finger in die Wunde: Hart aber schmissig-pointiert ging er mit überhäufiger Berichterstattung über royale Ereignisse oder die „Check-Epidemie“ ins Gericht. Zu viel vom Gleichen und Seichten Sorge dafür, dass jugendliche Zuschauer einfach nicht einschalten würden: „Ein fehlender Jugendkanal ist nicht der Grund, warum ARD/ZDF nicht von Jugendlichen gesehen wird.“ Die öffentlich-rechtlichen Sender würden nicht als die Orte wahrgenommen, in denen ausprobiert werde, zumal innovative oder hochqualitative Formate oft ins Nachtprogramm verbannt würden. Insgesamt lasse der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein Wir-Gefühl vermissen, das er letztlich allen Beitragszahlern schuldig sei.

Staatssekretärin **Jacqueline Krage** aus Rheinland-Pfalz wies auf die viel diskutierte Gebührenreform und sich damit neu stellende Fragen vonseiten der Zuschauer hin.

Dazu gehörten Forderungen nach verstärkter Transparenz und einem besseren Programm. Sie unterstrich, dass es für die Zuschauer nur ein öffentlich-rechtliches System gebe. Differenzen zwischen ARD und ZDF seien daher kaum vermittelbar. Krage warnte mit Blick auf die mangelnde Erreichbarkeit der jüngeren Zuschauer vor einem „Generationenabriss“, erteilte jedoch jeden Wünschen nach höheren Geldern für einen Jugendkanal eine klare Absage. Alle Veränderungen müssten im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten bewältigt werden. Abschließend ging Krage auf technische Zukunftsfragen ein, etwa die der Standards für die Übertragungswege (z. B. DVB-T) oder auch Verpflichtungen für Anbieter von sog. Hybrid-Fernsehern. Sie warnte davor, auch im internationalen Raum Medienregulierung nach rein wirtschaftlichen Kriterien zu bemessen: „Medien sind kein Wirtschaftsgut wie jedes andere.“



In der abschließenden, ausführlichen Diskussionsrunde mit den Podiumsteilnehmern brachten sich vor allem die Vertreter von Privatsendern, Kabelnetzbetreibern und Verlegern ein. Auch wenn am Ende der Veranstaltung der Eindruck stand, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk unter gewaltigem Veränderungsdruck steht, so wurde doch deutlich, dass das Rundfunksystem an sich ein bewährter Garant für Qualität und Vielfalt ist, das es in vielen Einzelfragen zeitgemäßer und innovativer auszurichten gilt.



ZDF-Intendant Thomas Bellut, Martin Dörmann und ARD-Vorsitzender Lutz Marmor

Bundestag beschließt Finanzhilfen für Zypern

Die Anträge zur Bereitstellung von 10 Milliarden Euro aus dem ESM für Zypern wurden am 18. März mit großer Mehrheit vom Deutschen Bundestag angenommen. Bestandteil der Maßnahmen sind die Verkleinerung des zyprischen Bankensektors die Einbeziehung von Aktionären und Großsparern mit erheblichem Vermögen, die jahrelang von den hohen Zinsen profitiert hatten.



Auch die SPD-Bundestagsfraktion hat den Zypern-Hilfen zugestimmt. **Frank-Walter Steinmeier** fasste deren Haltung so zusammen: „Wir sind solidarisch mit Zypern, aber nicht mit einem System, das Steuerhinterziehung begünstigt.“ Es könne nicht sein, dass man mit nationalen Steuerdumpingsätzen ein paar schöne Jahre habe und dann von den europäischen Nachbarn Solidarität einfordere. Für Steinmeier ist im Fall Zypern klar: „Steuererhöhungen sind Strukturreformen – sie gehören dazu.“ Dumpingsätze von zehn Prozent sind damit passé. Der

SPD geht es um Solidarität mit Zypern, um den Zusammenhalt der Euro-Zone, nicht um die Subventionierung Steuerbetrugs. Das beweisen die Forderungen der SPD, die von der Regierung Merkel weitgehend übernommen wurden: Verkleinerung des Bankensektors, ein höherer Steuersatz in Zypern, Beteiligung der Aktionäre und Großsparer an der Rettung. Diejenigen, die jahrelang von hohen Zinsen profitiert haben, müssen nun auch einen Teil der Kosten mittragen. Das ist nur fair. Das zögernde und zaudernde Krisenmanagement Merkels hat dagegen wieder einmal Verwirrung und Angst in Europa geschürt.

Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Carsten Schneider**, präzisierte in der Debatte noch einmal die Situation in der Eurozone: „Wir haben keine Krise des Währungssystems, sondern eine Krise des Bankensystems.“ Er stellte unmissverständlich klar, dass die SPD nicht für eine gesamtschuldnerische Haftung für andere Länder sei – was schon das deutsche Grundgesetz verbiete. „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind aber sehr wohl für eine stärkere Vereinheitlichung der Steuerpolitik.“ Er erklärte, dass zu einer europäischen Bankenaufsicht nach Meinung der SPD ein gemeinsamer Fonds gehöre, in den die Aktionäre der Banken, also die Banken selbst, einzahlen. Vor allem mit diesem Geld sollen die Banken stabilisiert werden und nicht mit dem Geld der Steuerzahler.

Schwarz-Gelb verhindert Frauenquote bei Aufsichtsräten

Der Deutsche Bundestag hat am 18. April über eine Frauenquote bei der Besetzung von Aufsichtsgremien in Unternehmen abgestimmt. Die schwarz-gelben Koalitionsfraktionen haben dabei zu allen Vorschlägen für eine gesetzliche Frauenquote in Führungsgremien der Wirtschaft Nein gesagt. Die Frauenquote haben mittlerweile eine Reihe von Staaten in Europa eingeführt. Dazu zählen u. a. Norwegen, Belgien und Spanien. In Deutschland steht die schwarz-gelbe Koalition auf der Bremse. Aus Angst, dass 21 Abweichlerinnen aus den eigenen Reihen dem Gesetzentwurf von SPD und Grünen zustimmen, hat die CDU stattdessen am 15. April einen halbherzigen Beschluss zur Quote gefasst: Nun soll im Wahlprogramm von CDU/CSU eine Frauenquote von 30 Prozent ab 2020 stehen.

SPD-Fraktionschef **Frank-Walter Steinmeier** sprach in der Debatte von „Volksverdummung“ und einem „billigen Kompromiss“, auf den die Quotenbefürworter/innen in der Koalition hereingefallen seien. Denn er speise die Frauen mit einer vagen Ankündigung im Wahlprogramm ab. Zumal die Union behaupte, diese Frauenquote gemeinsam mit der FDP umsetzen zu wollen, wo doch alle wüssten, dass eine Quote mit der FDP nicht zu machen sei. Damit

führe die Union „die Menschen hinter die Fichte“. Weiter sagte Steinmeier, dass es einem bei der Rede des Fraktionsvorsitzenden der Union, **Volker Kauder**, schwindelig werden könne, weil dieser gleichzeitig für und gegen die Frauenquote geredet habe. Die von der Koalition und Frauenministerin **Kristina Schröder** (CDU) immer wieder propagierte freiwillige Selbstverpflichtung von Unternehmen sei nichts neues, stellte der SPD-Fraktionschef klar. Doch sie habe fast nichts gebracht. Es müsse nun Schluss sein mit Reden und Lamentieren. Nun müssten Taten folgen und „nicht der Flexiquotenquatsch“ von Ministerin Schröder, damit „Frauen nicht in den Startlöchern stecken bleiben“.

Trotz der freiwilligen Selbstverpflichtung der Wirtschaft im Jahr 2001 unter Rot-Grün werden Frauen bei der Besetzung der Aufsichtsgremien in Unternehmen weiterhin benachteiligt. Nur 13 Prozent der Aufsichtsratsposten sind im Jahr 2013 mit Frauen besetzt, in den Vorständen sind es sogar nur vier Prozent. Die Frauenquote in den Führungsetagen von Unternehmen müsse nun gesetzlich geregelt werden, denn es habe nichts mit Qualifikation zu tun, wenn die Posten in den Vorständen zu 96 Prozent mit Männern besetzt seien, so Steinmeier.

Besuchergruppe aus dem Wahlkreis

Karnevalspräsidenten zu Gast in Berlin

Auf Einladung von **Martin Dörmann** war vom 13. bis 16. März wieder eine Besuchergruppe aus seinem Kölner Wahlkreis zu Gast in Berlin. Bei der vom Bundespresseamt organisierten Fahrt gewann die Gruppe Einblicke in das politische Leben der Bundeshauptstadt, besuchte beispielsweise den Reichstag, historische Gedenkstätten und politische Informationsveranstaltungen. Sie erlebte eine lebendige Plenumsdebatte über Wirtschafts- und Energiepolitik und diskutierte mit ihrem Abgeordneten anschließend eine Vielzahl aktueller politischer Themen.

Diesmal hatte Martin Dörmann eine 50-köpfige Gruppe mit Mitgliedern von Karnevalsvereinen eingeladen. Mit dabei waren auch deren Präsidenten: **Stephan Demmer** vom „Festausschuss Porzener Karneval“ (FAS), **Thomas**



Dieckmann (Urbacher Räuber), **Toni Oster** (KKG Blau-Weiß 1956 e.V. aus Deutz) und **Thorsten Cieply** von den Wahner Wibbelstetze.

Martin Dörmann zeigte sich ganz begeistert von der tollen Stimmung, die die Karnevalisten mit nach Berlin gebracht haben: „Unsere Karnevalsvereine sind für mich von besonderer Bedeutung für das bürgerschaftliche Zusammenleben und die Heranführung von jungen Menschen an das Brauchtum. Mit der Einladung wollte ich einfach einmal Danke für das tolle Engagement und das gute Miteinander sagen. Ich denke, die Gruppe hat

dabei einen recht guten Einblick in die Funktionsweise unseres Parlaments und der intensiven Arbeit ihrer Abgeordneten in Berlin bekommen.“



Thorsten Cieply, Stephan Demmer, Thomas Dieckmann und Toni Oster (v. l.) nach der Verleihung ihrer Vereinsorden an Martin Dörmann



Die Gruppe besuchte neben dem Bundestag auch das Willy-Brandt-Haus

Neues Wahlrecht zur Bundestagswahl

Überhangmandate werden vollständig ausgeglichen

Ende Februar beschloss der Deutsche Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen nach intensiven Beratungen die Änderung des Bundeswahlrechts (Drucksache 17/11819). Notwendig wurde eine Novellierung, weil das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 25. Juli 2012 Teile des Bundeswahlgesetzes für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärte.

Die vom Verfassungsgerecht gerügten Bestimmungen wurden nun geändert und ein vollständiger Ausgleich von Überhangmandaten geregelt. Die Zusammensetzung des Bundestages wird somit zukünftig in jedem Falle nach dem Verhältnis der Zweitstimmenergebnisse der Parteien bestimmt, die ins Parlament einziehen. Das war in der Vergangenheit nicht der Fall.

Künftig werden die Mandate wie folgt verteilt: Jedes Bundesland erhält - das ist neu - ein Kontingent an Mandaten im Deutschen Bundestag nach Maßgabe der dort lebenden Wahlberechtigten. Dies bedeutet eine Tren-

nung der Wahlgebiete. Dadurch wird das negative Stimmgewicht minimiert.

Nach der Bundestagswahl wird in einem ersten Schritt errechnet, wie viele Mandate jeder Landesverband aus dem jeweiligen Land in den Bundestag entsenden kann und wie viele Überhangmandate anfallen. In einem zweiten Schritt wird dann berechnet, wie viele Ausgleichmandate benötigt werden, um den bundesweiten Zweitstimmenproporz wieder herzustellen. Aus welchen Bundesländern die Ausgleichsmandate besetzt werden, hängt vom Wahlergebnis ab.

Durch die Ausgleichsmandate hat künftig jede Stimme das gleiche Gewicht. Damit wird das gleiche Wahlrecht für alle gewährleistet. Die Wählerinnen und Wähler können sich darauf verlassen, dass der neue Deutsche Bundestag die Mehrheiten im Land korrekt abbildet. Ob sich der Bundestag hierdurch vergrößern wird, hängt vom Wahlergebnis ab.

Strompreise bremsen – Energiewende sichern

Eine wirklich wirksame Bremse der Strompreise ist notwendig - aber nicht auf Kosten von Planungs- und Investitionssicherheit und zu Lasten von Arbeitsplätzen in der Industrie. Entscheidend ist, schon heute die Weichen für ein Maßnahmenpaket zu stellen, dass kurzfristige und mittelfristige Instrumente zur Strompreisdämpfung zur Anwendung bringt.

Kurzfristig setzt sich die SPD für eine Entlastung der Stromkunden durch die Einführung eines Grundfreibetrags der Stromsteuer ein. Diese Maßnahme bietet den großen Vorteil, dass sie die Investitionssicherheit bei den Erneuerbaren wahrt und die Industrie nicht zusätzlich belastet. Sie ist damit jeder kurzfristig wirkenden Maßnahme überlegen, die den Strompreis auf Kosten der Energiewende dämpfen will. Und sie eröffnet auch signifikantes Entlastungsvolumen:

Durch einen Grundfreibetrag könnte bereits eine Entlastung von knapp 800 Millionen Euro erreicht werden. Und auch an anderen Stellen könnte die Preisbremse durch weniger Privilegien gezogen werden: etwa durch die Abschaffung der so genannten Managementprämie oder die Rückführung der von der Bundesregierung ausgeweiteten Befreiung von den Netzentgelten.

Ebenso geht es darum, nicht länger Verunsicherung zu erzeugen und Vertrauen von Investoren zu zerstören, so dass alleine dadurch schon die Kosten der Energiewende erhöht werden. Vor diesem Hintergrund ist der geplante Eingriff in die Vergütungsstruktur von Bestandsanlagen zurückzunehmen. Wir wollen außerdem die Befreiung für Unternehmen von EEG-Umlage und KWK-Umlage wieder auf den Kreis der Unternehmen konzentrieren, die mit hohen Energiekosten im internationalen Wettbewerb stehen und alle betriebswirtschaftlich rentablen Energieeffizienzmaßnahmen durchgeführt haben.

Auch mittelfristig besteht Handlungsbedarf, um die Energiewende voranzubringen. Das fängt beim Management an: Die Energiewende wird nur gelingen, wenn die Bundesregierung eine zentrale Koordinierungsfunktion und ein effektives Management wahrnimmt. Das Nebeneinander von siebzehn Energiekonzepten in Bund und Ländern schadet der Energiewende. Nur ein koordiniertes Vorgehen beim Ausbau der Erneuerbaren wie auch beim Netzausbau erhält Versorgungssicherheit, schafft Investitionssicherheit und bringt die Systemintegra-

tion der Erneuerbaren voran. Erforderlich sind deshalb neue Governance-Strukturen, die die Kompetenzen in der Energiepolitik bündeln und eine regelmäßige Koordination und Kooperation zwischen Bund, Ländern und den europäischen Nachbarländern institutionalisieren.

Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sind zentral, um die Energiewende zu sichern. Die Wirtschaft kann hier große Produktivitätsgewinne realisieren und sich im internationalen Wettbewerb



an die Spitze setzen. Energieeffizienz spart nicht nur Kosten, sie entwickelt das Know-how, damit Deutschland als Ausrüster der Welt in einer neuen Energie-Ära erfolgreich sein kann. Auch in privaten Haushalten muss Energieeffizienz gelingen. Mit effizienten Geräten und verbessertem Nutzungsverhalten können die Stromausgaben stark reduziert werden.

Beispielsweise bestehen bei Kühlschränken, der Telekommunikations- und Informationstechnik große Einsparpotentiale sowohl durch moderne Geräte als auch durch effizientere Nutzung.

Die SPD will die Förderung der Erneuerbaren und das System der Strompreisbildung unter den Prämissen der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit grundlegend neu konzipieren und aufeinander abstimmen. Eine umfassende Reform des Strommarktes und Erneuerbaren-Energien-Gesetzes soll die Erneuerbaren schrittweise marktfähig und kosteneffizient machen, ohne unsere Ausbauziele über Bord zu werfen. Zugleich müssen wir Vorsorge treffen, damit auch in Zukunft gesicherte Kapazitäten bereitstehen, um die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien jederzeit zu komplettieren. Das ist zusammen mit der Steigerung der Energieeffizienz und dem Energiesparen entscheidend für das Gelingen der Energiewende.

Die SPD will weiteren Schaden für die Energiewende verhindern. Vier Jahre heillooses Energiechaos unter Merkel haben bei den betroffenen Marktteilnehmern und in der Bevölkerung den Eindruck hinterlassen, dass die Energiewende scheitert. Die Energiewende ist durch Schwarz-Gelb verteuert worden. Planungs- und Investitionssicherheit als zentrale Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende ist mit dieser Regierung nicht machbar.

150 Jahre SPD

Das 150-jährige Bestehen der Sozialdemokratie ist ein Jubiläum gemeinsamer Ziele und Überzeugungen, das die SPD nicht ohne Stolz feiert. Es ist ein Jubiläum der Demokratie in Deutschland, die die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer verteidigt haben. Es ist aber auch Ansporn und Auftrag, uns auch weiterhin – ausgerichtet an unseren Grundwerten von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – als starke politische Kraft für sozialen Fortschritt in Deutschland und Europa einzusetzen.

Bücherempfehlungen



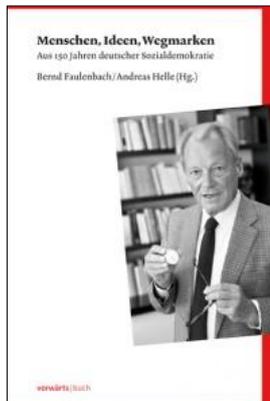
Anja Kruke, Maik Woyke (Hg.):
„Sozialdemokratie in Bewegung“

Begleitband zur Ausstellung „150 Jahre SPD“
 Halbleinen, 304 Seiten, ISBN 978-3-8012-0431-0,
 Dietz-Verlag, € 29,99



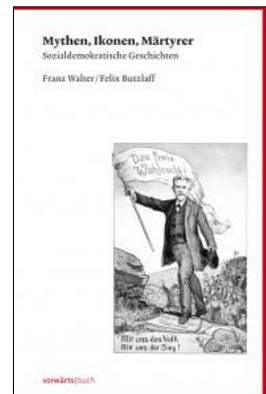
Helga Grebing, Susanne Miller, Klaus Wettig (Hg.):
„Nie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht“

150 Jahre SPD – ein Lesestück
 Klappenbroschur, 96 Seiten, ISBN 978-3-8012-0437-2
 Dietz-Verlag, € 9,90



Bernd Faulenbach, Andreas Helle (Hg.):
„Menschen, Ideen, Wegmarken“

Aus 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie
 Hardcover, 384 Seiten, ISBN 978-3-86602-210-2
 Vorwärts Buchverlag, € 35,00



Franz Walter, Felix Butzlaff (Hg.):
„Mythen, Ikonen und Märtyrer“

Sozialdemokratische Geschichten
 Hardcover, 302 Seiten, ISBN 978-3-86602-914-9
 Vorwärts Buchverlag, € 20,00

Terminhinweise

- 11. April bis 4. Mai : Ausstellung „150 Jahre Sozialdemokratie“ in den Gebäuden des Landtags Düsseldorf
- 23. Mai: Geburtstagsfest auf dem Marktplatz Leipzig
- 17. bis 18. August: „Unser Deutschlandfest“, Brandenburger Tor, Berlin

→ **Weitere Buchtipps auch unter:**

www.vorwaertsbuchverlag.de/sites/default/files/Vorschau_Herbst2012_Druck_pdf.pdf

→ **Mehr Informationen unter:** www.150-jahre-spd.de

Kanzlerkandidat Peer Steinbrück setzt klare Akzente für Gerechtigkeit

„Nur wenn es in Deutschland wieder gerechter zugeht, wird das Land auch wirtschaftlich stark bleiben.“ Mit dieser klaren Botschaft stimmte **Peer Steinbrück** die SPD in einer kämpferischen Rede auf den Wahlkampf ein. „Ich will mit euch gemeinsam unser Land wieder ins Lot bringen“, rief der Kanzlerkandidat den Delegierten am 14. April 2013 auf dem außerordentlichen SPD-Bundesparteitag in Augsburg zu.

Steinbrück kritisierte, die „Chaostruppe“ von Bundeskanzlerin Angela Merkel regiere Deutschland unter Wert. Merkels Regierung habe nur „leere Schachteln im Schaufenster“. Weder bei der Rente, noch beim Mindestlohn, bei der Energiewende, bei der Breitband-Versorgung oder bei der Gleichstellung von Homosexuellen im Steuer- und Adoptionsrecht habe sie Lösungen parat.

In vielen Fällen gebe Merkels Finger nicht die Richtung an, „sondern misst lediglich die Windrichtung“, stellte Steinbrück fest. Sein Fazit: „Nichts geht mehr. Abwahl lautet die Parole!“

Ökonomie der Gerechtigkeit

Klar und deutlich zeigte der Kanzlerkandidat auf, wie er in Deutschland aus Stillstand Fortschritt machen will. Die SPD setze in ihrem Regierungsprogramm auf eine „Ökonomie der Gerechtigkeit“. Soziale Gerechtigkeit und eine florierende Wirtschaft seien keine Gegensätze, sondern bedingten einander: Ohne eine gerechte Gesellschaft könne es dauerhaft keinen wirtschaftlichen Erfolg geben. Und umgekehrt gelte gleichermaßen, dass es ohne ein erfolgreiches Wirtschaften auch keine stabile und gerechte gesellschaftliche Ordnung geben wird. Die SPD stehe für „mehr Zusammenhalt, mehr Zusammenstehen“, für „mehr Wir – weniger Ich.“

Gute Arbeit – Guter Lohn

Steinbrück bekräftigte, einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde einzuführen. Dies sei „sozial gerecht, weil es nicht sein kann, dass man trotz Vollzeitarbeit nicht vom selbstverdienten Geld leben kann.“ Zudem sei der Mindestlohn „ökonomisch richtig, weil er die Binnennachfrage stärkt.“ Die SPD werde außerdem dafür sorgen, dass Frauen und Männer sowie Leiharbeitende und Stammbeflegschaft gleiches Geld für gleiche Arbeit bekommen.

Bändigung der Finanzmärkte

Durch die jüngste Finanzkrise sei vieles „aus dem Lot geraten“, so Steinbrück. Die SPD müsse „die politische Kraft sein, die dem entfesselten Kapitalismus

Spielregeln auflagt.“ Alle Akteure am Wirtschaftsleben müssten auf das Gemeinwohl verpflichtet werden. Deshalb werde sich eine rot-grüne Bundesregierung für die Einführung eines Trennbankensystems stark machen, für ein Verbot bestimmter Bankgeschäfte und für einen Bankenrettungsfonds, den die Finanzbranche selbst finanziert.

„Steueroasen sind Gerechtigkeitswüsten“

Steinbrück will ein Bündnis der Starken mit den Schwachen schmieden. Deshalb werde die SPD „einige Steuern für einige Starke“ erhöhen. Nicht aus Selbstzweck, sondern um die Schuldenbremse einzuhalten, mehr Geld in die Kinderbetreuung und Bildung zu investieren, die Infrastruktur auszubauen und um die klammen Kommunen zu stärken.

Der Kanzlerkandidat stellte klar, dass „entgegen man-

cher Propaganda“ der gut verdienende Facharbeiter von dieser Steuerpolitik nicht betroffen sei. Auch die vielen mittelständischen und Familien-Unternehmen würden nicht in ihrer Substanz besteuert. Steinbrück: „Das garantiere ich.“

Scharf kritisierte er, dass Merkels Regierung nur auf Druck und „bestenfalls halbherzig“ gegen Steuerbetrag vorgehe. „Steueroasen sind Gerechtigkeitswüsten, da muss man gegen angehen.“

Aufstieg durch Bildung

Steinbrück hob hervor, dass es der SPD um faire Chancen zum Aufstieg gehe. Und das bedeute vor allem: „Gute Bildung für alle.“ Deshalb werde eine von ihm geführte Bundesregierung den milliarden-schweren Rückstand bei den Investitionen in Schulen und Universitäten zügig aufholen. Dieser Rückstand sei „eine Sünde an der Zukunftsfähigkeit unseres Landes.“

Bezahlbares Wohnen

Steinbrück kündigte mehrere Maßnahmen an, damit Wohnen bezahlbar bleibt. Unter anderem eine Mietpreisbremse bei Wiedervermietung. Auch solle das Prinzip gelten: Wer den Makler bestellt, soll ihn auch zahlen.

„Das WIR entscheidet“

„Wir haben die Kraft, wir haben die Ideen, zusammen mit den Menschen unser Land zu verändern“, sagte Steinbrück unter dem Jubel der Delegierten. „Weg von der Ellenbogengesellschaft, hin zu einer dynamischen Wir-Gesellschaft. Weg von der Beliebigkeit, hin zum Willen, etwas verändern zu wollen. Das WIR entscheidet – dafür steht die SPD.“



„Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land!“

Die SPD wird Deutschland regieren: besser und gerechter als es CDU, CSU und FDP vermögen. **Besser**, weil die jetzige Bundesregierung Chancen verspielt, die wir im Interesse unseres Landes und seiner Menschen nutzen müssen. Entwicklungschancen für den wirtschaftlichen Erfolg und damit auch für gute Arbeitsplätze. Chancen für mehr Stabilität auf den Finanzmärkten, für neues Wachstum in Europa. Und für eine moderne, freie Gesellschaft, die nicht einengt, sondern das Lebensgefühl und die Wünsche der Menschen respektiert.

Finanzkapitalismus bändigen – Gute Arbeit schaffen

Anstrengung und Fleiß müssen sich wieder lohnen. Für die SPD heißt das: Ein gesetzlicher, flächendeckender Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro. So wie die Stärkung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Und auf der anderen Seite das Tarifsystem und betriebliche Mitbestimmung stärken. Jungen Menschen wird die SPD das Recht auf Ausbildung sichern. Die Arbeitslosenversicherung wird die SPD zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln mit dem Ziel, dass ein Jobverlust erst gar nicht eintritt.

Für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands müssen vor allem fünf Ziele verfolgt werden: eine Stärkung der **Industrie**, Dienstleistungen von hoher Qualität, hochqualifizierte Fachkräfte, eine leistungsfähige Infrastruktur und die Förderung der Kreativwirtschaft. Im Zentrum steht dabei der **Mittelstand**. Entscheidende Bedeutung für eine erfolgreiche Wirtschaft hat auch die **Energiewende**, die unter der Merkel-Regierung zu scheitern droht.

Bildung, Gleichberechtigung und Zusammenleben in einer modernen Gesellschaft

Bildung ist der Schlüssel für ein freies, selbstbestimmtes Leben. **Und das steht allen zu**. Darum will die SPD **keine Gebühren**: von der Kita bis zu Uni – schrittweise aber mit klarem Ziel. Und sie wird für ausreichend Ganztagsplätze sorgen.

Für berufstätige Frauen und Männer wird es einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung geben mit abgesicherter Freistellung. Bildungsfeindlich ist aber das **Betreuungsgeld**. **Die SPD wird es abschaffen**. Für Familien mit kleineren Einkommen wird die SPD das Neue Kindergeld einführen. Zusammen mit dem flächendeckenden Ausbau von Ganztagsplätzen an Kitas und Schulen ist das die **sozialdemokratische Kindergrundsicherung**.

In einer modernen, freien Gesellschaft gibt es Raum für alle. Darum dürfen gleichgeschlechtliche Paare nicht länger benachteiligt werden bei der Ehe, beim Steuer- und beim Adoptionsrecht.

Die SPD wird darum das Ehegattensplitting umbauen zu einem **Partnerschaftstarif** für neu geschlossene Ehen – damit sich für Frauen die eigene Berufstätigkeit

lohnt. Und sie wird mit einem **Entgeltgleichheitsgesetz** dafür sorgen, dass Frauen für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn wie Männer bekommen.

Für eine gerechte Steuerpolitik

Ein **handlungsfähiger Staat und Schuldenabbau** sind wichtigste Eckpfeiler sozialdemokratischer Steuerpolitik. Damit starke Schultern wieder mehr tragen als schwache wird die SPD den **Spitzensteuersatz** auf 49 Prozent anheben. Das gilt für sehr hohe Einkommen ab 100.000 Euro, beziehungsweise 200.000 Euro bei Ehepaaren. Hinzu kommt eine **Vermögensteuer**, die Normalverdiener mit Einfamilienhaus und auch den Mittelstand nicht belasten wird. Dasselbe gilt für **Erbschaften**. Die Absetzbarkeit von Vorstandsgehältern und -abfindungen auf maximal 50 Prozent begrenzen, wenn dies 500.000 Euro übersteigt, ist das Ziel.

Soziale Sicherung und Vorsorge

Eine gerechte Gesellschaft sorgt dafür, dass die großen Lebensrisiken solidarisch für alle abgesichert sind. Keine Zwei-Klassenversorgung, die vom Geldbeutel abhängt. Im Gesundheitssystem und in der Pflege wird die SPD die **Bürgerversicherung** einführen für alle Neu- und gesetzlich Versicherte.

Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, muss auch eine **gute Rente** bekommen. Für die SPD heißt das: der abschlagsfreie Zugang zur Rente ab 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren, eine attraktive Teilrente ab 60, keine Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente und mehr Möglichkeiten für Zusatzbeiträge zur Rentenversicherung. Eine Solidarrente wird dafür sorgen, dass die Rente bei 30 Beitrags- und 40 Versicherungsjahren nicht unter 850 Euro liegt.

Die SPD will regieren, weil es CDU, CSU und FDP nicht können. Sie beschreibt klar, mit welchen Ideen sie Deutschland voranbringen wird. Dafür braucht es klare Mehrheiten: Die Erneuerung unseres Landes gelingt nur mit Rot-Grün.

Das **SPD-Regierungsprogramm 2013** steht in einer Reihe und in der großen Tradition sozialdemokratischer Programme. **Eine freie, solidarische und gerechte Gesellschaft. Das ist der rote Faden.**



→ **Das komplette Regierungsprogramm ist eingestellt unter**

www.spd.de/linkableblob/96686/data/20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf

INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MdB

Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatte der SPD-Fraktion für Medien, Telekommunikation und Raumfahrt

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Matthias Dahlke

Öffnungszeiten

Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer (Büroleiter),
Nadesha Klugiewicz,
Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 10 bis 17 Uhr
Fr.: 10 bis 13 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter

Frank Heinz

Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiterin

Claudia Brock

Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 14 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages

Bislang terminierte Sitzungswochen **2013** (bis Juni): 3., 5., 8., 9., 11., 12., 16., 17., 20., 23., 24. und 26. KW. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

IMPRESSUM

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),
Dr. Matthias Dahlke, Nadesha Klugiewicz, Stefan Stader

BILDNACHWEIS

Martin Dörmann: S. 1, S. 2, S. 3, S. 4, S. 5, S. 6 m., S. 7, S. 8, S. 9, S. 10, S. 11;

Frank Ossenbrink: S. 3 u. l.;

Ralph Sondermann: S. 6 o.;

Dominik Butzmann: S. 6 u. l.;

D. Butzmann/ F. Jaenicke/ S.Knoell/

B Kraehahn: S. 6 u. r.;

Reiner Sturm/pixelio.de: S. 12;

Dietz Verlag: S. 13 m.;

Vorwärts Buchverlag: S. 13 u.;

Marco Urban: S. 14;

SPD-Parteivorstand: S. 15.

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa sechsmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:

martin.doermann@bundestag.de

(Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de

